

ÖKOZID



SPIELZEIT
22/23

ÖKOZID

Nach dem gleichnamigen Film von Andres Veiel

Mitarbeit: Jutta Doberstein

Katja Uffelmann / Jennifer Kornprobst Wiebke Kastager

Emma Schoepe Larissa Meybach

Dennis Junge Victor Graf

Susanne Weckerle RichterIn Alma Sundgard (EU) Lilya

Boerenson (EU-Kommissarin Klimaschutz) Astrid Zahn (Institut

Wissenschaft und Politik)

Stephan Weber Junger Kollege, Hannes Schwerdtner (Bauer),

Peter Tönnecke (RWE), Walter von Kegeler (Klimaforscher),

Jürgen Resch (Deutsche Umwelthilfe), Einsatzleiter

Konrad Mutschler Laurenz Opalka

Julia Staufer Angela Merkel

Gilbert Mieroph Heiner Becker (Daimler), Philip Schneider

(Germanwatch), Sven Lammfeld (SPD), Frank Riemscheid

(Präsident Dt. Autoindustrie)

Regie Gregor Tureček

Bühne & Kostüme Juliette Collas

Puppenbau Sabine Effmert

Puppentraining Lisa Seidel-Kukuk

Dramaturgie Thomas Gipfel

Regieassistenz Laura Krahn

Inspizienz Ralph Hönle

Premiere 30. September 2022, Saal

Aufführungsdauer ca. 2 Stunden 30 Minuten, eine Pause

Aufführungsrechte S. Fischer Theater & Medien

Technischer Direktor Martin Fuchs **Leiter der Bühnentechnik** Bernd Jäger **Theatermeister** Bernd Jäger, Florian Leiner **Assistentin der Technischen Direktion** Bettina Vögele **Ausstattungsassistentin** Emily Siedler **Stücktechnik** Helmut Schilling, Stefan Podlasek, Reinhold Mayer, Hans-Jürgen Schuler, Radovan Basarić, Nicolas Sühning, Stephan Leiner, Clemens Menschel, Xavier Gey, Hendrik Wutz, Sascha Anselm, Luigi Piotti **Aushilfen** Lennart Heinichen, Niklas Domann, Paul Koss **Azubis Veranstaltungstechnik** Musa Camara, Sina Speh, Marvin Schaab **Leiter der Abteilung Beleuchtung** Milan Basarić **Lichtgestaltung** Holger Herzog, Heinz Kettenbach, Daniel Märkle, Sina Speh **Leiter der Abteilung Ton, Video & Stückbetreuung** Uwe Hinkel **Damengewandmeisterin** Gundula Neubauer **Herregewandmeisterin** Susanne Bek-Sadowski **Schneiderei/Ankleiderinnen** Sabine Czarski, Marlis Christmann, Claudia Flemming, Gabriele Heinzmann, Ingrid Jarosch, Anne Walker, Kristina Weber, Alexandra Bechtold, Sibylle Schulze **Leiter der Abteilung Maske** Peter Hering **Maske** Kerstin Walter, Magali Wunberg **Leiterin der Abteilung Requisite** Alexandra Doerr **Requisite** Shanthi Schwinge **Werkstättenleitung** Nils Nahrstedt, Eugen Krauss **Malsaal** Jolanta Slowik, Alexandra Petukhova **Schreinerei** Günter Bitzer, Steffen Rogosch, Diana Sagnelli **Dekosaal** Helmut Vogel **Leiter der Abteilung Schlosserei** Manuel Bernhardt **Schlosser** Nicolas Sühning

BILDNACHWEIS TITEL Dennis Junge, Katja Uffelmann, Susanne Weckerle, Julia Staufer, Stephan Weber, Emma Schoepe

TEXTNACHWEIS *Deutschland vor Gericht*. Notizen zum Stück ist ein Originalbeitrag von Thomas Gipfel für dieses Programmheft. Joachim Wille: Klimaforscher Schnellhuber: *Das Langfrist-Ziel heißt Klima-Reparatur* in: Frankfurter Rundschau 12.9.2022. Heinrich Wefing: *Ökozid als Straftat* in Die Zeit 31.10.2021. *Über den Klimawandel und unseren Umgang damit* ist ein Originalbeitrag von Stephan Weber. Alexander Rupflin: *Theater bei Gericht* in LTO vom 29.09.2018

IMPRESSUM
Herausgeber
Landestheater
Württemberg-Hohenzollern
Tübingen Reutlingen
Spielzeit 22/23
Intendant
Thorsten Weckherlin
Verwaltungsdirektorin
Dorothee Must
Redaktion
Thomas Gipfel
Gestaltung
giesevogler.com
Probenfotos
Tobias Metz
landestheater-tuebingen.de

Haftung für Links Unser Angebot enthält Links zu externen Inhalten und Websites Dritter, auf deren Inhalte wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der verlinkten Seiten ist stets der jeweilige Anbieter oder Betreiber der Seiten verantwortlich. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf mögliche Rechtsverstöße überprüft. Rechtswidrige Inhalte waren zum Zeitpunkt der Verlinkung nicht erkennbar.

*Aus datenschutzrechtlichen Gründen werden einige Mitarbeiter*innen nicht genannt.

Mit freundlicher Unterstützung



Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND KUNST



Stadt Reutlingen



Kommunaler Interessensverein
Landesbühne Tübingen



DEUTSCHLAND VOR GERICHT

Notizen zum Stück von Thomas Gipfel

Der Titel ist der Wirklichkeit entnommen: Als „Ökozid“ bezeichnen Juristen die Vernichtung von Lebensräumen und Lebewesen durch Vergiftung und Raubbau. Schon in den Neunzigerjahren sollte dieses Delikt zum Verbrechen gegen Menschlichkeit und Frieden erklärt werden. Der Versuch scheiterte, doch immer wieder gibt es Vorstöße, Unternehmen oder Regierungen auch international für brachialen Umweltschaden zur Rechenschaft zu ziehen.

Andres Veiel und Jutta Doberstein – bekannt für ihre auf akribischer Recherche beruhenden und spielerisch mit Mitteln des Dokumentarischen arbeitenden Filme und Theatertexte – nehmen diese aktuelle Debatte auf und formen daraus Fiktion. Basierend auf wissenschaftlichen Arbeiten und dokumentarischem Material entwickeln sie ein faszinierendes wie erschreckendes Gedankenspiel, einen „Modelversuch“.



Die deutsche Regierung wird von Vertreter*innen diverser Umweltorganisationen und Schwellenländer wegen ihres zögerlichen ökologischen Handelns in den vergangenen Jahrzehnten auf Schadensersatz verklagt. Da der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag aufgrund des steigenden Meeresspiegels evakuiert werden musste, findet die Verhandlung in Berlin statt. Die beiden Anwältinnen der Anklage, der Strafverteidiger und die internationalen Richterinnen und Richter ringen auf der Basis realer Fälle und Studien um die Deutungshoheit über die größte menschengemachte Katastrophe aller Zeiten. Auch die Medien sind vertreten und spielen ihr eigenes Spiel, als der Höhepunkt der Verhandlung ansteht: die Vorladung der Ex-Kanzlerin Angela Merkel. Die entscheidende Frage lautet: Trägt Deutschland eine aktive Schuld am Tatbestand Ökozid, an der bewusst in Kauf genommenen Zerstörung und Ausbeutung der Natur?

Regisseur Gregor Tureček arbeitet mit schnellen Orts- und Personenwechseln, einem hohem Erzähltempo, und entfacht ein „Feuerwerk der Argumente“. Er inszeniert kein Tribunal „Gut gegen Böse“, sondern ein rhetorisches Ringen zwischen dem soliden, interessegeleiteten bundesdeutschen Pragmatismus und globaler Moral. Dieses komplexe Abwägen unterschiedlicher Begründungen und Perspektiven wächst sich so zu einem Gerichtsthriller aus, der nicht nur die Regierungsjahre Gerhard Schröders und Angela Merkels auf den Prüfstand stellt, sondern auch unser aktuelles politisches Handeln in Zeiten von Corona und Ukrainekrieg.

Ihre Handlung siedeln Veiel und Doberstein im Jahr 2034 an. Aus einer fiktiven Zukunft auf unsere heutige Situation zu schauen: Diese raffinierte Konstruktion lässt uns noch einmal viel stärker auf die unausweichlichen Folgen unseres gegenwärtigen Handelns blicken. Doch fällt es mit jedem Jahr, mit jedem Rekordsommer, schwerer zu unterscheiden, ob

„Ökozid“ noch Science-Fiction oder schon eine gegenwärtige Zustandsbeschreibung ist. Und so erzählt Juliette Collas' Bühne in ihrem Retrofuturismus, in ihrem holzvertäfelten 50er-Chic, auch von einer Gesellschaft, die den Glauben an eine bessere Zukunft verloren und durch den Rückbezug auf die Vergangenheit ersetzt hat. In diesem abstrakten und assoziativen Raum, der mit Mitteln des Absurden und Paradoxen spielt, wird der Gerichtsprozess zu einem philosophischen Unterfangen, einer Parabel über Schuld und Verantwortung.



DAS LANGFRIST-ZIEL HEISST KLIMA-REPARATUR

Klimaforscher Hans Joachim Schellnhuber im Interview über das Drehbuch zur Rettung der Welt, die Folgen der Erhitzung und notwendige Visionen für den Klimaschutz.

Professor Schellnhuber, Sie sind Deutschlands renommiertester Klimaforscher. Sie arbeiten seit mehr als 40 Jahren auf diesem Gebiet. Sagen Sie uns: Wie groß ist die Chance noch, dass die Welt einen katastrophalen Klimawandel abwendet?

Einen Klimawandel, der gravierende Auswirkungen hat, können wir nicht mehr abwenden. Wir werden vermutlich in zehn bis 15 Jahren die 1,5 Grad-Linie globaler Erwärmung überschreiten und dann darüber hinausschießen. Allerdings können wir durchaus noch einen Klimawandel verhindern, der die menschliche Zivilisation oder gar die menschliche Spezies gefährdet. Da liegt die Wahrscheinlichkeit noch bei mindestens 50 Prozent. Das ist keine schlechte Chance, wenn es um alles geht.

Was wäre die günstigste Entwicklung?

Die Erderwärmung wird im günstigsten Fall knapp oberhalb von zwei Grad gestoppt und dann in den nächsten 200 Jahren langsam, Zehntelgrad um Zehntelgrad, wieder rückgängig gemacht werden – auf hoffentlich etwa ein Grad, so wie heute. Dazu muss CO₂ wieder aus der Atmosphäre entfernt werden, vor allem durch großflächige Aufforstung, nachhaltige Landnutzung und den massiven Einsatz von Holz und anderen nachwachsenden Rohstoffen als CO₂-Speicher im Städtebau. Ein ziemlich schwindelerregendes Drehbuch zur Rettung der Welt, zugegeben.

Trotzdem erwarten Sie gravierende Auswirkungen. Was heißt das konkret?

Zwei Grad mittlere globale Erwärmung bedeuten an Land drei bis vier Grad und regional unter ungünstigen Bedingungen auch fünf bis sechs Grad im Jahresdurchschnitt. Das sind brutale klimatische Herausforderungen, die große Anstrengungen zur Anpassung erfordern. Wir werden einen Meeresspiegelanstieg von mindestens einem Meter erleben, wahrscheinlich deutlich mehr, und müssen den Küstenschutz massiv hochfahren. In Teilen Südeuropas wird man die heutige Landwirtschaft, die nur mit verschwenderischer Bewässerung funktioniert, aufgeben müssen. In den inneren Tropen wird die feuchte Hitze so belastend werden, dass viele Menschen sich auf den Weg vom Äquator weg nach Norden und Süden machen müssen. Man wird Hunderten Millionen Menschen bei der Migration helfen müssen. Das ist eine große Nummer. Und wohlgermerkt das gute Szenario.



Und das negative?

Drei Grad sind die rote Linie, ab der der Klimawandel überhaupt nicht mehr beherrschbar sein dürfte. Und leider könnte diese Linie überschritten werden. Drei bis fünf Grad bedeuten das „Climate End Game“, wie Kollegen und ich das jüngst in einer Studie bezeichnet haben. Darin haben wir vier ungünstige, aber plausible Szenarien durchgespielt, vom schlechten bis zum schlimmsten. Das heißt, bis hin zum Kollaps der Weltwirtschaft und sogar zur Auslöschung der Menschheit. Vier Grad etwa verändern die Bewohnbarkeit der Erde fundamental. Der Meeresspiegel steigt dann um Dutzende Meter an, komplette Küstenzonen gehen verloren, in denen heute Hunderte Millionen Menschen leben. In den inneren Tropen kann man dann im Freien nicht mehr überleben, weil es dort zu heiß und feucht wird. Die Gletscher schmelzen ab, was bedeutet, dass in vielen Gebieten, zum Beispiel in Zentralasien und der Andenregion, im Sommer kein Frischwasser mehr verfügbar sein wird. Und Gebiete, die heute noch semi-arid sind, werden zur Wüste. Rechnet man das alles zusammen, könnte die Erde Lebensraum für zwei bis drei Milliarden Menschen verlieren. Überlegen Sie einmal, ob es funktionieren könnte, so viele Menschen umzusiedeln. Das würde am Ende wohl den Kampf „Jeder gegen jeden“ bedeuten. Wir sind heute ja selbst in einem superreichen Land wie Deutschland nicht in der Lage, eine Million Flüchtlinge ohne tiefgreifende gesellschaftliche Konflikte einzugliedern. Jedenfalls wenn diese Menschen die „falsche“ Hautfarbe haben ...

Der Weltklimarat IPCC hält es noch für möglich, das 1,5 Grad-Limit zu halten. Dazu müssten die Treibhausgas-Emissionen bis 2030 halbiert werden. Ist das realistisch?

Nein, ist es nicht. Ich kenne auch sonst niemand in den Klimaforschung, der das noch für realistisch hält. Im IPCC-Report zum 1,5-Grad-Ziel stehen absolut wichtige Dinge – zum

Beispiel wird sonnenklar gemacht, dass bereits diese 1,5 Grad eine gefährliche Erderwärmung sind. Das Rezept allerdings, wie man ein dauerhaftes Überschreiten dieser Schwelle verhindern könnte, funktioniert nicht. Der IPCC setzt neben einem rasanten klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft im Wesentlichen auf technische Verfahren zur Entfernung von CO₂ aus der Atmosphäre, die meiner Meinung nach zu teuer sind und nicht schnell genug in der Breite wirksam sein werden.

Macht es denn überhaupt noch Sinn, das 1,5-Grad-Ziel weiter hochzuhalten?

Die 1,5 Grad sind eine Illusion, auch wenn sie noch so wünschenswert wären. Sie stehen im Pariser Klimavertrag, obwohl sie schon 2015, als der beschlossen wurde, unrealistisch waren. Das Ziel war ein ehrenwertes diplomatisches Zugeständnis an die kleinen Inselstaaten und andere Länder, die zu Recht um ihre Existenz fürchten. Das Pariser Abkommen ist leider aber auch Traumtänzerie, was die Umsetzung angeht: Alles ist komplett freiwillig, es gibt keine festen Pflichten zur CO₂-Minderung und schon gar keine Sanktionen. Nur deshalb haben praktisch alle Staaten der Welt zugestimmt. Selbst Saudi-Arabien hatte kein Problem, was immer ein schlechtes Zeichen für den Klimaschutz ist.

Also: weg damit? Braucht es einen neuen Klimavertrag?

Wer die COP-Verhandlungen kennt und die gnadenlose politische Realität dort, weiß: Paris war das Beste, was man damals bekommen konnte. Vor allem nach dem Fiasko des gescheiterten Gipfels in Kopenhagen 2009. Was man hoffen kann, ist, dass immer mehr Länder sich selbst in die Pflicht nehmen, einen 1,5- bis Zwei-Grad-Pfad einzuschlagen. Deutschland zum Beispiel – nach der Megaflut im Ahrtal 2021 und jetzt dem vierten Dürresommer in fünf Jahren. Die Warnsignale der Natur sind ja



Konrad Mutschler, Stephan Weber, Emma Schoepe

nicht mehr zu ignorieren. Wenn das in vielen Ländern geschieht, führt es vielleicht zu einem „Race to the Top“, also zu einem segensreichen, weltweiten Ambitionswettbewerb. Das ist ein ebenso ungewisser wie mühsamer und langsamer Prozess. Aber so sieht es aus, wenn 200 Nationalstaaten ein globales Problem lösen wollen.

Die Krisenzeichen mehren sich, obwohl die globale Erwärmung gerade einmal 1,2 Grad erreicht hat. Halb Europa war in diesem Sommer ausgetrocknet, China erlebte eine historische Hitzewelle, in Pakistan verursacht der Monsun eine Überschwemmungskatastrophe ungeahnten Ausmaßes. Müsste das die Menschen, die Regierungen und die Wirtschaft nicht aufrütteln? Woran liegt es, dass wir trotzdem die Kurve bisher nicht kriegen?

Etwas ist immerhin passiert: Die Vernunft hat den Klima-Diskurs gewonnen! Selbst die Zyniker, die Ultra-Konservativen, die hemmungslosen Wirtschaftsliberalen beginnen ihre

Redebeiträge inzwischen routiniert mit den Worten „Ich leugne keinesfalls den Klimawandel“, auch wenn dann das „Aber“ kommt. Praktisch jeder weiß: Wir befinden uns in einer Klimakrise, die zum Klimanotstand werden kann. Damit ist eine Menge erreicht. Nur hätten wir an dem Punkt bereits vor 30 Jahren sein müssen, als der erste IPCC-Bericht herauskam. Schon damals war eigentlich klar, dass unsere Welt auf dem Spiel steht.

Warum hat das so lange gedauert?

Die Menschheitsgeschichte lehrt: Wir haben fast alle zwei Seelen in unserer Brust, das Böse und das Gute. Das eine ist zuständig für den Eigennutz, das andere für das Gemeinwohl. Das gilt für jedes Individuum, jede Gruppe, jede Gesellschaft. Wir schwanken zwischen diesen beiden Polen hin und her, wobei der Eigennutz meist überwiegt. Wir begreifen lange nicht, dass das Verfolgen des individuell Vorteilhaften – also schnelle, billige, einfache Lösungen – für uns als Gemeinschaft längerfristig negativ sein kann, vielleicht sogar zum Untergang führt. Deswegen brauchen wir neue Narrative, neue Geschichten, die uns dazu bringen, das Gemeinwohl attraktiver zu finden als den Eigennutz. Das Problem ist nur: Wird die Zeit noch reichen, umzusteuern? Ich weiß es nicht.



Konkret: Zweimal in den letzten 15 Jahren gab es die Chance zum Umsteuern, nach der Lehman-Weltwirtschaftskrise 2008 und nach dem Corona-Schock. Doch die viele Milliarden schweren Konjunkturprogramme wurden kaum genutzt, um umzusteuern. Warum?

Das waren Panikreaktionen, und zwar verständliche. Es ging den Menschen und Regierungen vor allem darum, das Sparkonto, den Job, die Unternehmen, bei Corona zusätzlich die eigene Gesundheit zu sichern. Dafür war man bereit, viel Geld in die Hand zu nehmen oder sogar sein Alltagsverhalten zu ändern. Doch wenn es darum geht, das gute Leben in 20 oder das Überleben in 50 Jahren zu sichern, fehlt der unmittelbare Handlungsdruck.

Keine Chance?

Doch. Aber dafür braucht man politische Führung, die der historischen Herausforderung gewachsen ist und eine Vision anbietet, für die man sich engagieren möchte. Auch die Medien können und müssen hierzu beitragen. Übrigens: Dass die FR nun eine tägliche Klimaseite einführt, ist ein wichtiges Statement. Die Erwartung hingegen, eine Krise werde die Menschen automatisch zum Umdenken zwingen, trügt. Im Gegenteil: Ohne ein überzeugendes Lösungsnarrativ erstarren die meisten in genau den Mustern, die die Krise hervorgebracht haben.

Siehe Ukraine-Krieg?

Genau. Er hat eigentlich dem Letzten vor Augen geführt, wie fatal es war, sich bedingungslos von fossilen Energien abhängig zu machen. Die instinktive Reaktion darauf ist aber nicht: Lasst uns die Abhängigkeit so schnell wie möglich beenden, indem wir die erneuerbaren Energien beschleunigt ausbauen. Sondern man versucht mit höchster Priorität, auf dem Weltmarkt

fossilen Ersatz zu besorgen. Kann sein, dass es gelingt und in diesem Winter keiner frieren muss. Doch es zementiert die alte Abhängigkeit, und es geht weitere Zeit verloren.

Kanzler Scholz und Vizekanzler Habeck betätigen sich als Flüssiggas-Einkäufer weltweit, von Norwegen über Katar und Senegal bis Kanada. Sollten sie das lassen?

Das ist als Notmaßnahme okay. Aber es sollte viel klarer kommuniziert werden, dass diesem einen Schritt zurück mindestens drei Schritte nach vorne folgen - in Richtung regenerativer Energiewirtschaft. Das vermisse ich. Ich sehe mit großer Sorge, dass an der Küste eine ganze Reihe von LNG-Terminals gebaut werden soll, die uns in eine neue Erdgas-Abhängigkeit bringen könnten.

Aber es heißt, die Terminals sollen später für grünen Wasserstoff genutzt werden.

Das sind vage Versprechungen. Zudem muss man bedenken, dass aus fernen Ländern importierter grüner Wasserstoff wegen der großen Verluste bei der Energie-Umwandlung und beim Transport eine sehr ineffiziente Technologie ist.

Was wäre die Alternative?

Der beschleunigte Ausbau der Erneuerbaren im eigenen Land und in Europa, vor allem der Photovoltaik und der Geothermie, die bisher nur marginal genutzt wird. Das Ziel der Bundesregierung sollte lauten: 100 Prozent erneuerbare Stromversorgung bis 2030. Das bisherige Wirtschaften ruiniert nicht nur das Klima und basiert auf Rohstoffen, die endlich sind, es stützt durch den fossilen Energiehunger auch autokratische bis diktatorische Systeme weltweit. Daher sollten wir nicht anstreben, eine Lieferanten-Diktatur durch die andere zu

ersetzen. Wir können den Demokratiefeinden gewissermaßen das Wasser abgraben, wenn wir energieautark werden.

Ist die Atomkraft eine Option?

Nein, zumindest der Neueinstieg nicht. Zwei oder drei Atomkraftwerke in Deutschland etwas länger laufen zu lassen, halte ich für vertretbar. Die Gefahr eines Super-GAU ist gering, wenn auch nicht gleich null. Denn: Shit happens, siehe Fukushima. Das Problem ist eher, dass man damit nur geringe zusätzliche Strommengen erzeugen kann und die Debatte ablenkt von der Großen Transformation, die im Energiesystem nötig ist. Weltweit ist die Atomkraft-Option ohnehin Quatsch. Sie können praktisch gar nicht schnell genug so viele Reaktoren bauen wie nötig wären, um das Klima zu retten.

Die EU schien mit ihrem „Green Deal“ gerade wieder Antreiber der internationalen Klimapolitik werden zu wollen. Dann kam Putins Krieg. Gilt das noch?

Ich glaube schon. Es gibt sogar die Chance, dass die Transformation zu einem grünen zirkulären Wirtschaftssystem beschleunigt wird. Die Situation ist ähnlich wie in Deutschland. Es kommt auf die politische Führung an, sie muss Kurs halten.

Und wie ist es China, dem Ober-Einheizer des Planeten? Und mit den USA, der Nummer zwei? Sie waren vor dem Pariser Klimagipfel 2005 die Motoren der internationalen Klimapolitik, nun ist das Verhältnis ist mehr als frostig. Ihre Klimagespräche sind gestoppt. Fallen die beiden Haupt-Emittenten als Antreiber für die Wende aus?

Chinas Entwicklung sehe ich mit größter Sorge. Unter Präsident Xi, der offenbar ein neuer Mao werden will, gibt es keine Bereitschaft, sich an internationale Abkommen zu halten: China

First. Und auch die USA agieren nicht mit dem Gewicht, das ihm als führende globale Wirtschaftsmacht zukommt. Man muss sogar die Sorge haben, dass die amerikanische Demokratie zerfällt. Das heißt: Die wirkliche Hoffnung ruht auf Europa – und zwar in Zusammenarbeit mit Afrika. Denn auf unserem südlichen Nachbarkontinent wird sich die Zukunft des Klimas entscheiden.

Wieso dort, nicht in China oder Indien?

Schon wegen der Bevölkerungsentwicklung. 1950, als ich geboren wurde, lebten in Afrika etwa 200 Millionen Menschen, heute sind es über eine Milliarde, 2100 könnten es drei Milliarden sein. Wollten die afrikanischen Länder die zusätzlichen bis zu zwei Milliarden Menschen in klassischen Häusern aus Beton und Stahl unterbringen, würden alleine die dadurch entstehenden Emissionen das CO₂-Restbudget der Welt sprengen. Zudem hat der Kontinent alle Ressourcen, die man braucht – Wind- und Solarenergie, Rohstoffe, immenses Naturkapital, Biodiversität. Entwickeln die EU und die afrikanischen Länder gemeinsam eine grüne Agenda zu deren nachhaltiger Nutzung, müssen wir nicht mehr ständig nach China und Amerika schielen.

Hans Joachim Schellnhuber (72) war bis 2018 Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), das er 1992 gegründet hat. Er gehört dem Club of Rome sowie zahlreichen Akademien an und war 28 Jahre lang Mitglied beziehungsweise Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen (WBGU).

ÖKOZID ALS STRAFTAT

Der Jurist Philippe Sands will den Ökozid im internationalen Strafrecht verankern. Für schwere Umweltschäden könnten dann einzelne Personen verantwortlich gemacht werden.

Professor Sands, Sie wollen ein neues Verbrechen im internationalen Strafrecht etablieren, ecocide auf Englisch, auf Deutsch: Ökozid. Die Anklänge an Genozid sind offenkundig. Wie sind Sie auf diese Idee gekommen?

Ich unterrichte internationales Umweltrecht bereits seit 1989, ich habe 1992 in Rio an der Biodiversitätskonvention mitgearbeitet und hatte immer schon ein Interesse an den Diskussionen, ob Ökozid als Straftatbestand etabliert werden soll. Diese Diskussionen reichen weit zurück, bis in die späten Sechzigerjahre. Ein Auslöser war der Einsatz des Entlaubungsgiftes Agent Orange durch die Amerikaner im Vietnamkrieg. 1972 hat der schwedische Ministerpräsident Olof Palme die Idee aufgenommen, andere haben sie weitergetragen.



Sie wollen also einen fünften Straftatbestand im internationalen Recht einführen?

Der Kontext ist natürlich, dass es bislang vier internationale Straftatbestände gibt: Kriegsverbrechen, das ist der älteste, er geht auf das 19. Jahrhundert zurück, und dann die drei, die 1945 in Nürnberg unter Strafe gestellt und rückwirkend angewandt wurden: Völkermord, also Genozid, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und das Verbrechen der Aggression oder Angriffskrieg. Diese vier Verbrechen sind seit 1998, seit dem Vertrag von Rom, im Statut des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) festgeschrieben. Sie alle dienen dem Schutz von Menschen, völlig zu Recht. Der Schutz der Umwelt wurde erstmals 1996 vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag (IGH) als Teil des internationalen Rechts anerkannt. Das war ein entscheidender Moment, der vieles verändert hat. Seither gab es viele Initiativen. Eine davon, eine kleine britische NGO namens Stop Ecocide, bat mich Ende 2020, mit einer Gruppe von zwölf Juristen eine Definition von ecocide auszuarbeiten. Anfangs war ich, ehrlich gesagt, ein wenig skeptisch.

Warum?

Das System des internationalen Strafrechts ist insgesamt ziemlich fragil. Ich war nicht sicher, ob es eine Erweiterung verkraften würde. Und mir war sehr wichtig, dass das Expertenteam ausgewogen besetzt ist, mit Menschen, die viel Erfahrung bei der Strafverfolgung besitzen. Und mit Menschen, die sich mit Umweltthemen auskennen. Als die Gruppe beisammen war, war ich überzeugt, dass es intellektuell und politisch reizvoll sein könnte, gemeinsam mit diesen Menschen an einer Definition zu arbeiten. Und es war das erste Mal, wirklich das allererste Mal in meinem Leben, dass meine drei Kinder allesamt gesagt haben, da machst du etwas wirklich Sinnvolles. Und ich dachte, das ist interessant. Es ist das Anliegen einer Generation.

Lassen Sie uns über die Definition von Ökozid sprechen, die Sie vorschlagen. Was genau wollen Sie unter Strafe stellen?

Wir schlagen vor, Ökozid abstrakt zu definieren, wir verstehen darunter rechtswidrige oder willkürliche Handlungen, die schwere und weitreichende oder langfristige Schäden für die Umwelt verursachen.

Gehen wir die einzelnen Punkte einmal durch.

Der Umweltschaden muss schwer sein, das ist schon eine hohe Schwelle. Zudem müssen die Schäden entweder weitreichend oder langfristig sein, weitreichend bezieht sich auf den geografischen Aspekt, langfristig auf den zeitlichen. Es ist also denkbar, dass auch die Zerstörung eines Mikroökosystems als Ökozid bestraft wird. Das aber genügt noch nicht, es braucht weitere Hürden. Die erste ist, die zerstörerische Handlung muss willkürlich oder rechtswidrig sein, entweder nach nationalem oder internationalem Recht. Und sie muss offensichtlich exzessiv sein im Verhältnis zu den ökonomischen und sozialen Vorteilen. Nimmt man das alles zusammen, bleibt nur eine relativ kleine Zahl möglicher Handlungen, die als Ökozid verfolgt werden könnten.

Warum haben Sie sich auf eine so enge Definition verständigt? Viele Ökoverbrechen würden dann potenziell unbestraft bleiben.

Uns ging es darum, eine Definition vorzuschlagen, die eine reale Chance hat, eine Definition, von der meine Freunde im britischen Außenministerium nicht sagen, Philippe, alles ganz nett, aber das ist natürlich utopischer Unsinn, den ihr da abgeliefert habt. Das ist uns gelungen, denke ich. Aber wir müssen nicht nur in Europa eine Mehrheit finden, sondern auch in der sich entwickelnden Welt. Die Staaten dort müssen sich entwickeln, deshalb wäre jede Definition, die es ihnen

unmöglich macht, natürliche Ressourcen zu erschließen oder zu verbrauchen, sofort tot. Also haben wir die Abwägung zwischen den sozialen und ökonomischen Vorteilen auf der einen Seite und den ökologischen Schäden auf der anderen Seite eingebaut.

Sie sagen, die Handlung, die als Ökozid verfolgt wird, muss rechtswidrig sein, nach nationalem oder internationalem Recht. Führt das nicht zu unterschiedlichen Standards?

Das kann sein, ja. Nehmen Sie Brasilien. Ich bekomme jeden Tag E-Mails, ob das, was Bolsonaro macht, die Zerstörung der Regenwälder, nicht strafbar sei. Es ist legal, nach brasilianischem Recht, jedenfalls sagen mir das meine Kollegen in Brasilien. Verstößt es gegen internationales Recht? Soweit ich sehe, nein. Dasselbe Vorgehen, die großflächige Zerstörung von Wäldern, aber wäre in Deutschland vermutlich rechtswidrig. Das müssen wir akzeptieren: Wir müssen in der Welt, wie sie momentan ist, akzeptieren, dass etwas ein Verbrechen in einem Land sein kann, in einem anderen aber nicht. Ein Ökozid hier, aber dort nicht. Ich sehe derzeit keine andere Lösung, wenn wir die Länder des Südens mit an Bord bekommen wollen. Wir müssen verhindern, dass das Konzept von Ökozid als Teil eines kolonialen Impulses betrachtet wird, als Versuch, die Dinge so einzufrieren, wie sie heute sind, mit allen Vorteilen für den Westen.

Muss die Tat vorsätzlich begangen werden, braucht es nach Ihrer Definition die Absicht, die Umwelt zu schädigen oder zu zerstören?

Ich denke, es wird nur sehr selten jemand nachweislich ganz bewusst, absichtsvoll, die Umwelt zerstören wollen. Meist gibt es ein ökonomisches oder politisches Ziel, und dafür werden Schäden an der Umwelt in Kauf genommen. Mit anderen Worten, es braucht keinen Vorsatz. Es genügt, dass der oder die Täter

wissen, dass die Umwelt mit einiger Gewissheit beschädigt wird. Und sie können sich nicht damit herausreden, sie hätten das nicht kommen sehen. Es genügt, wenn sie sich nicht die naheliegenden Fragen gestellt haben, welche Folgen der Bau eines neuen Kohlekraftwerks haben könnten. Das ist übrigens der wichtigste Unterschied zum Völkermord, zum Genozid.

Inwiefern?

Das Wort Ökozid erinnert natürlich an Genozid. Und das ist ein gewisses Problem. Denn nach der geltenden Definition von Genozid muss der Täter die Absicht haben, eine Gruppe oder Teile einer Gruppe zu vernichten. Bei dem Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist das anders, da ist dieser Vorsatz nicht erforderlich. Das geht auf die Debatten zwischen Raphael Lemkin und Hersch Lauterpacht zurück, den Erfindern der beiden Konzepte von Genozid und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die ich in meinem Buch Rückkehr nach Lemberg geschildert habe. Seither ringe ich ständig in Gedanken mit mir selbst: Was ist der richtige Ansatz für Ökozid? Wir haben dazu sogar Marktforschung gemacht. Genozid klingt einfach anders. Das Wort selbst lässt schon an Horror denken. Deshalb hat Präsident Biden die Verbrechen an den Armeniern einen Genozid genannt, nicht ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Wenn Sie etwas Völkermord oder Genozid nennen, haben Sie die Aufmerksamkeit der ganzen Welt. Fragen Sie mich nicht, warum das so ist, aber es ist so. Wenn Sie so wollen, haben wir die äußere Hülle von Genozid für den Ökozid übernommen, und in dieser Hülle stecken die juristischen Voraussetzungen der Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Sie haben vorhin erwähnt, dass es nicht allein um den Schutz von Menschen geht, sondern um den Schutz der Umwelt. Spielt die Schädigung von Menschen überhaupt eine Rolle in Ihrer Definition von Ökozid?

Nein, nicht notwendigerweise. Wir gehen hier einen wirklich revolutionären Schritt, von einem anthropozentrischen zu einem ökozentrischen Konzept. Mit anderen Worten: Der Schutz der Umwelt dient nicht dem Schutz des Menschen, sondern ist ein Selbstzweck. Ein Ökozid kann auch etwas sein, das keinen einzigen Menschen schädigt oder gefährdet, sagen wir, die Ausrottung der letzten Exemplare einer gefährdeten Spezies. Das ist wirklich ein revolutionärer Ansatz, so wie Genozid 1945 ein revolutionärer Ansatz war. Und, vielleicht nicht zufällig, hören wir exakt dieselbe Kritik, die Raphael Lemkin und Hersch Lauterpacht gehört haben: Das ist aussichtslos. Es gibt keine Präzedenzfälle. Staaten werden sich diesen Regeln niemals unterwerfen. Und so weiter. Und heute ist Genozid international als Verbrechen anerkannt. Heute besteht die Revolution darin, das Recht nicht mehr als Instrument zu betrachten, das ausschließlich dem Schutz des Menschen dient. Der Planet ist größer als wir Menschen, und dieses Bewusstsein breitet sich derzeit aus. Und darum geht es: das Bewusstsein zu verändern.

Wer soll nach Ihrer Vorstellung wegen Ökozid angeklagt werden können? Nur Politiker? Oder auch Unternehmer, CEOs, Aktionäre?

Am Internationalen Strafgerichtshof können nur Individuen angeklagt werden. Keine Staaten, keine Unternehmen. Das hatten wir zu akzeptieren, und es ist auch richtig so: Staaten begehen keine Verbrechen gegen die Menschlichkeit, es sind immer Menschen, die das tun, konkrete Individuen. So ist es auch beim Ökozid. Und da ist vieles denkbar. Es könnten Minister und Staatspräsidenten angeklagt werden, Eigentümer von Firmen, deren Vorstandsvorsitzende, ein Finanzvorstand, auch ein Anwalt, der eine Firma berät. Und das hätte Konsequenzen, da bin ich sicher. Denken Sie an den Dieselskandal in Deutschland: Es ist eine Sache, ob ein Konzern

ein paar Hundert Millionen Euro Schadenersatz zahlen muss. Aber es ist etwas ganz anderes, wenn der Vorstandschef sich Sorgen machen muss, der Staatsanwalt könnte morgens an die Tür klopfen. Denn auch Unternehmerinnen und Unternehmer haben Kinder, und wenn die fragen, Mama, Papa, warum machst du das? Das löst etwas aus. Glauben Sie mir, nichts schärft die Aufmerksamkeit so wie das Risiko, ins Gefängnis zu kommen.

Bis der erste Politiker wegen Ökozid verurteilt wird, dürfte es noch dauern. Womöglich zu lange angesichts schmelzender Polkappen und steigender Meere?

Natürlich wird das nicht morgen passieren, auch nicht in ein, zwei Jahren. Aber die Idee wird etwas bewirken. Glauben Sie mir, ich denke nicht mechanistisch. Ich bin nicht so naiv zu glauben, alles ändere sich, sobald Sie eine Norm ins Strafgesetzbuch schreiben. So funktioniert die Welt nicht. Es gibt viele Instrumente, um menschliches Verhalten zu ändern. Politische, ökonomische, diplomatische, kulturelle, Bücher, Filme, was



auch immer. Aber das Recht ist ein Teil davon, es sagt sehr klar, was akzeptables Verhalten ist – und was nicht. Und das ist für mich das pulsierende Herz dieses Projekts: festzulegen, was nicht länger akzeptabel ist, auf internationaler Ebene.

Und das kommt auch bei Unternehmern an?

Absolut. Ich habe viel mit Konzernen und CEOs gearbeitet. Ich bin sicher, auch große Unternehmen schauen sich das ganz genau an. Sie wären erstaunt, wie viele Wirtschaftsleute sich bereits an mich gewandt haben ...

Wer?

Das kann ich natürlich nicht sagen, das ist vertraulich. Aber ich kann Ihnen sagen, dass ich in den nächsten Wochen mehrere Termine mit sehr großen Unternehmen habe, die alle ein bisschen besorgt sind – aber dem Projekt dennoch mit Sympathie gegenüberstehen.

Die Besorgnis ist nachvollziehbar. Aber Sympathie?

Die Antwort ist einfach: Konkurrenz. Es verändert den Wettbewerb, wenn Ihr schärfster Rivale billiger produziert, weil er die Umwelt verseucht. Oder Kinder für sich arbeiten lässt, oder Sklavenarbeiter in China. Und Regeln dagegen zu etablieren kann sehr wohl auch im Interesse eines Unternehmens sein. Ich habe einmal eine Veranstaltung auf dem Wirtschaftsforum in Davos gemacht, die wurde aufgezeichnet, deshalb kann ich darüber sprechen. Dort zeigte ein Vertreter des Rückversicherers Swiss Re großes Interesse. Ein internationales Umweltstrafrecht könnte sich massiv auf Versicherungen auswirken, auch zu deren ökonomischem Vorteil.

Wie soll es jetzt weitergehen, damit aus Ihrem Entwurf tatsächlich geltendes Recht wird?

Unser Entwurf ist nicht das letzte Wort, es ist eine Basis für weitere Diskussionen. Am Ende entscheiden die Vertragsstaaten des Internationalen Strafgerichtshofs. Dort müsste sich eine kleine Gruppe von Staaten zusammenfinden und die Debatte formell eröffnen. Das wird eine Weile dauern, und sobald die offiziellen Verhandlungen beginnen, rechne ich noch einmal mit zwei oder drei Jahren. Und dann müssen zwei Drittel der Staaten der Aufnahme von Ökozid in das Statut zustimmen. Insgesamt sind es 123 Staaten, Sie brauchen also im Grunde 80 Staaten.

Und wie schätzen Sie die Chancen ein?

Ich bin da recht optimistisch. Aus Gesprächen mit Politikern, Diplomaten und Juristen weiß ich, dass der Vorschlag viel Interesse findet. Und zwar gerade auch deshalb, weil er auf Begeisterung bei jungen Menschen stößt. Der deutsche Botschafter in Den Haag beispielsweise hat mich eingeladen, ein Webinar für Diplomaten in Den Haag zu halten zu unserem Entwurf, und ich kenne Deutschland ganz gut, ich weiß, dass deutsche Diplomaten sehr ernsthafte Leute sind, und so eine Veranstaltung nicht machen, wenn sie nicht das Okay aus Berlin haben. Und eine Woche nachdem wir unseren Bericht vorgestellt hatten, hat der Generalsekretär der Vereinten Nationen erklärt, Ökozid solle ein internationaler Straftatbestand werden. Es ist keine Frage mehr, ob Ökozid zum internationalen Straftatbestand wird, es ist nur noch die Frage, wann das geschehen wird. Eine absolut entscheidende Rolle wird Deutschland spielen. Ich hoffe sehr, die neue Regierung wird sich für den Vorschlag einsetzen.

Es bleibt aber das Problem, dass einige der mächtigsten Staaten der Erde – die USA, China, Russland, Indien – das Statut des

Internationalen Strafgerichtshofs nicht unterzeichnet haben. Und es sind zufällig auch die Staaten, die massiv zu Umweltzerstörungen beitragen. Wie gehen Sie mit diesem Problem um?

Ja, das ist ein Problem. Aber es gibt auch da einige sehr interessante Entwicklungen. Zum Beispiel im Fall der Rohingya in Myanmar. Hunderttausende von ihnen mussten nach Bangladesch fliehen. Myanmar hat das Statut nicht unterzeichnet, Bangladesch hingegen schon. Anfang des Jahres haben drei Richter des Internationalen Strafgerichtshofs entschieden, das Gericht könne ein Verfahren wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegen Myanmar eröffnen, weil die Opfer in Bangladesch Zuflucht gefunden haben. Zweites Beispiel: Die palästinensischen Autonomiegebiete haben das IStGH-Statut unterzeichnet, Israel nicht. Aber der Gerichtshof ist der Ansicht, er könne mutmaßliche Straftaten verfolgen, die von Mitgliedern der israelischen Armee auf palästinensischem Gebieten begangen wurden. Mir geht es jetzt nicht um Israel oder Bangladesch, aber es ist keine gewaltige intellektuelle Herausforderung, diese Fälle zu übertragen und anzunehmen, ein umweltschädliches Produkt, sagen wir, aus China, das in Deutschland verkauft wird, könnte den Gerichtshof zuständig machen für die Strafverfolgung. Ich weiß, das ist alles komplex. Am besten wäre es natürlich, China, Russland und die USA würden dem Statut beitreten. Aber bislang haben sie das nicht getan. Das heißt aber eben nicht, dass der Gerichtshof machtlos ist.

Wie könnte ein Urteil wegen Ökozid vollstreckt werden, vor allem gegen Politiker oder Unternehmer aus Staaten, die dem Statut nicht beigetreten sind?

Das ist schwierig, sicher. Aber auch diese Leute wollen reisen, wollen an Konferenzen teilnehmen, mit ihrer Familie Urlaub machen. Wenn sie in 123 Staaten mit einer Festnahme rechnen müssten, das wäre schon eine Einschränkung. Aber wer weiß,

wie es weitergeht. Denken Sie noch einmal an die Situation 1945, als Genozid und Verbrechen gegen die Menschlichkeit unter Strafe gestellt wurden. Natürlich hat es auch danach noch grauenhafte Massenmorde gegeben. Wir stehen am Anfang eines langen Prozesses. Wir werden Lösungen finden, nur sicher nicht in Monaten oder Jahren, eher in Jahrzehnten – falls wir noch so viel Zeit haben.

Professor Sands, Sie haben sicher von dem spektakulären Klimaurteil des Bundesverfassungsgerichts gehört. Danach wurde die Sorge geäußert, aus neutralen, unparteiischen Richterinnen und Richtern drohten juristische Aktivisten zu werden. Ist das ein reales Problem, das die Legitimität der Gerichte untergraben könnte?

Das ist eine sehr komplexe Frage, über die ich viel nachgedacht habe, und zwar zum ersten Mal, als 1998 General Pinochet verhaftet wurde. Auch damals sagten viele Beobachter, das geht zu weit, das werden die Staaten nicht akzeptieren, das löst eine Gegenbewegung aus. Ich sehe das wieder in der langen Perspektive: Ja, es wird Gegenbewegungen geben, auch Rückschritte, Eingriffe in die Autonomie von Gerichten. Manche Urteile werden schlicht ignoriert werden. Aber das ist alles Teil des langwierigen Prozesses. Und der geht, seit der Rede von Olof Palme 1972, eindeutig in die richtige Richtung. Auch Richterinnen und Richter werden vom öffentlichen Diskurs beeinflusst, sie sind Menschen, auch sie haben Kindern. Und deshalb glaube ich, trotz aller Hochs und Tiefs, ist der Wandel, den wir anstreben, unumkehrbar.

Der britisch-französische Jurist Philippe Sands lehrt Völkerrecht am University College London und ist Anwalt in der Kanzlei Matrix Chambers. Er ist Autor des Bestsellers "Rückkehr nach Lemberg: Über die Ursprünge von Genozid und Verbrechen gegen die Menschlichkeit", zuletzt erschien von ihm "The Ratline".

ÜBER DEN KLIMAWANDEL UND UNSEREN UMGANG DAMIT

Von Stephan Weber, Ensemblemitglied

Nachhaltigkeit ist mindestens das Wort des Jahres.
Co2 Neutralität das Wort des Jahrhunderts. Zumindest bis 2045.
Zu Beginn der 2000er Jahre war die BRD Weltmarktführer in der
Entwicklung der Photovoltaik.

„Made in Germany“ galt ja mal als großes Aushängeschild, bevor
die deutschen Weltkonzerne entschieden haben, zugunsten
des Shareholder Value und der Gewinnmaximierung die
Produktion nach Fernost zu verlagern und im Gegenzug den
nicht nachhaltig produzierten Mist mit dem Schwerölfrachter um
die halbe Welt wieder nach Deutschland zu bringen. Auch eine
Möglichkeit, seine Co2 Bilanz zu frisieren. Der Co2 Ausstoss der
Bundesrepublik hat sich seit 1990 um fast 30 Prozent reduziert,
in China und Indien dafür um mehr als 300 Prozent erhöht.



Dennis Junge, Susanne Weckerle, Katja Uffemann, Emma Schoepe

(Klima-)Wandel durch Handel. Vorfahrt für Wachstum! Die Globalisierung der Märkte als Brandbeschleuniger. Fleisch aus Argentinien, Wein aus Californien, Obst aus Chile.

Im August 2022 war ich das letzte Mal in den Ostalpen zum Bergsteigen. Ich mache das seit über 30 Jahren. Die Gletscher sind nahezu verschwunden, die Gebirgsseen am austrocknen, die Hauptflüsse Rhein und Rhone führen weniger Wasser als je zuvor, der Po sowieso. 15 -20 Prozent des Nadelbaumbestandes sind durch die Trockenheit abgestorben. Im Jahrhundertsommer 2003 wurden durch die wochenlange Trockenheit und Hitze die Kippunkte bereits erreicht, da konnte man dem ewigen Eis beim Abschmelzen zusehen. Es hat damals nur niemanden interessiert. Die Einsicht kommt immer erst dann, wenn es zu spät ist.

In den westlichen Ländern galt lange das Credo, dass es der nächsten Generation einmal besser gehen soll. Dieses Credo musste irgendwann aufgegeben werden, zugunsten der Bereicherung einiger weniger. Heute fliegen Multimilliardäre ins All und lassen für ihre Unsterblichkeit forschen, während dem Arbeitsproletariat erst der Saft und dann das Licht ausgeht. Jahrzehntlang haben sich unsere Volksvertreter von Lobbyisten und Konzernbossen am Nasenring durch die Manege ziehen lassen, um nach ihrer Amtszeit einen hochdotierten Posten in der freien Wirtschaft zu ergattern. Jetzt sehen wir: diese Rechnung geht nicht mehr auf.

Solange es bequemer ist, für den eigenen Machterhalt Inkompetenz zu delegieren und notfalls den Amtseid zu brechen anstatt für seine Fehler einzustehen, solange haben Begriffe wie Solidarität und Umdenken höchstens Platz auf dem Wahlplakat. Und um Brecht zu zitieren: Irgendwann wählen die dummen Kälber ihre Schlächter wieder selbst.

Der Homo Oeconomicus strebt nach Wohlstand, Sicherheit, Effizienz. Dieses Denken hat die Industrialisierung seit dem

19. Jahrhundert in die Welt getragen. Der Preis dafür ist der Wettbewerb, der Wettkampf, der Wettlauf mit der Zeit. Masse schlägt Klasse, Geiz ist geil, Vorsprung durch Technik, Wohnst du noch oder lebst du schon?

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts haben wir uns mehr als verfünffacht. Die Bedürfnisse sind gewachsen, die Unschuld verschwunden. Genau wie die Gletscher, die Polkappen, der Regenwald.

Der Hauptkrieg im 21. Jahrhundert wird nicht zwischen den Nationen geführt.

Den Hauptkrieg wird die Menschheit führen gegen die eigenen Versäumnisse aus der Vergangenheit. Nämlich, sich selbst ihrer Existenzgrundlage beraubt zu haben.

Und dieser Krieg ist bereits verloren.



THEATER BEI GERICHT

In Verhandlungen werden Juristen zu Schauspielern: Sie kostümieren sich, sagen gelernten Text auf und handeln nach einer festen Dramaturgie. Aber wieso kann ein Urteil dann die Welt verändern, wenn alles Theater ist?

Jene Tat, an diesem einen Abend im Herbst 2014, sollte als eine der grandiosesten Entführungen der vergangenen Jahre gelten. Aber obwohl die Geiselnahme unter den Augen der Öffentlichkeit geschah, erfuhr bis heute kaum jemand davon – und wenn, dann nur die Menschen, die sich für so ein grausiges Schauspiel von Natur aus interessieren. Komödie war das jedenfalls keine.

Im Herbst 2014 zerrte die Schriftstellerin Elfriede Jelinek die Angeklagte Beate Zschäpe kurzerhand aus dem Münchener Gerichtsgebäude, indem sie sie wenige Straßen weiter in die Münchener Kammerspiele verschleppte. Dort setzte die Autorin sie auf die Bühne, ein paar Schauspieler dazu. Dem Regisseur Johan Simons drückte sie den Text in die Hand, über 220 Seiten hatte das Skript. Dann scheinten die Spots, der Vorhang öffnete sich und Jelinek ließ die Taten der NSU-Terrorzelle noch einmal von vorne verhandeln.

In anderem Licht, nach anderen Normen, anderen Maßstäben. Mit Erkenntnisgewinn in gut zwei Stunden. Garantiert ohne Rechtsstaatlichkeit. Zermürend war das. Ein paar Feuilletons berichteten – sonst interessierte dieser theatralische Irrsinn niemanden. So ist das mit der Kunst. Schließlich tauchte Zschäpe am nächsten Verhandlungstag wieder pünktlich im Gerichtssaal auf.

Akribisch hatte die Literaturnobelpreisträgerin Jelinek die poetische Geiselnahme geplant. Sie hatte sich die bisherigen Prozessprotokolle beschafft, Medienberichte verfolgt, sich mit

der Biografie der Angeklagten genauestens auseinandergesetzt. Sie wusste, dass Zschäpe eigentlich unfruchtbar war, ihr die Eierstöcke entfernt worden waren, und sie dennoch irgendwie dazu in der Lage schien, dieses mörderische Trio in die Welt zu setzen: "Die Jungfrau wird schwanger werden, sie wird geboren werden, kaum geboren schon kastriert. Weg mit den Eierstöcken, die Jungfrau, geboren aus der Jungfrau."

All ihr Wissen und literarisches Geschick nutzte Jelinek, um an Zschäpe auf der Bühne ein jüngstes Gericht voller biblischer Wut zu vollziehen; auf ihre Weise: Seitenweise assoziative Textflächen, die der Zuhörer nicht mitdenken, sondern mitempfinden muss, um daraus ein Verständnis zu entwickeln. Und es gelang ihr: Zschäpe verwandelte sich während der Vorführung in ein schweigendes Mädchen, um sie herum Propheten, Engel, ein Christus und der Richter Gott.



DER GERICHTSSAAL IST EINE BÜHNE

Aber wozu dieses Theater? Wieso aus der Zschäpe-Geschichte eine Bühnentragödie formen? Immerhin berichteten die Medien fast täglich über Zschäpe und ihre Mittäter und alles, was es zu sagen gab, wurde im Gerichtssaal bis zur Unerträglichkeit verhandelt. Dieser ganze NSU-Prozess war ja Tragödie genug. Alles inszeniert, alle Beteiligten hatten rasch ihre Rollen gefunden und die Dramaturgie war so stark, dass die Öffentlichkeit noch Jahre Akt für Akt verfolgen würde. Wozu? Weil Jelinek wusste: Der Gerichtssaal ist eine Bühne. Bretter, die die Rechtsordnung bedeuten.

Zurück ins Jahr 1685: In einer niederländischen Gerichtsstube wird der Fall von Frau Marthe Rull verhandelt. Die Frau beschuldigt den Verlobten ihrer Tochter, am vorherigen Abend eine Karaffe in ihrem Haus zerstört zu haben. Der wiederum versichert, dass ein Unbekannter ins Haus eingebrochen sei und dieser den Krug bei der Flucht vom Fensterbrett gestoßen habe. Was sich aber im Laufe des Prozesses für den genauen Beobachter herausstellt:

Der eigentliche Täter ist der Richter. Der hatte, so lässt sich erahnen, bei der Tochter von Frau Rull ein eher anarchisches Abenteuer gesucht. Darum setzt er alles daran, nicht aufzuliegen. Der Prozess verliert sich ins Absurde. Aus dem richterlichen Ideal, die Wahrheit aufzudecken, wird das gemeine Ziel, das Tatgeschehen zu verschleiern.

Das ist das Theaterstück "Der zerbrochene Krug", geschrieben von Heinrich von Kleist.

Offensichtlich war Kleist die Verwandtschaft von Theaterbühne und Gerichtssaal ebenso bewusst wie Jelinek. Ihm muss aufgefallen sein, dass beide Orte Räume der Sprache sind. Räume, an denen eine Tat, also eine Handlung ausgesprochen,

damit zum Sachverhalt aushärtet und somit kognitiv fassbar, also verhandelbar erscheint. Wir denken in Sprache (und träumen in Bildern).

Um eine Handlung im wahrsten Sinne ins Greifbare zu wandeln, müssen wir sie uns erst vorsprechen. Uns auf anderer Ebene nachspielen. Was dabei geschieht, das nennt der Sprachphilosoph John Searle in seinem Buch "Speech Acts" Assertiva. Sprechakte, die rein beschreibenden Charakter haben, wie etwa: Der Richter hat den Krug von Marthe Rull zerstört.

DIE DOPPELROLLE EINES RICHTERS

Um die Theatralik der Gerichtsverhandlung zu entblößen, hat Kleist einen Trick angewandt. Cornelia Vismann verrät ihn in ihrem Buch "Medien der Rechtsprechung": Indem Kleist den Richter zum Täter deklassiert, verleiht der Dramatiker ihm eine Doppelrolle, die ihm im Gerichtssaal nicht zusteht. Kleist macht den Richter zum Rechtsorgan und gleichzeitig zum fehlbaren Menschen. Dadurch, dass der Richter sich während des Prozesses als Mensch enttarnt, handelt er wie ein Schauspieler, der sich auf der Bühne die Maske vom Gesicht reißt. Der Schwindel wird offenbar.

Für Kleist funktioniert das Gerichtsschauspiel nämlich nur solange, solange der Richter als Autorität unverwundbar wirkt. Nimmt man das Rechtsorgan hingegen als Mensch wahr, mit all seinen Lügen und Schwächen und Trieben, gibt es nur noch wenig Grund, das gesprochene Urteil anzunehmen. Warum soll der über mich urteilen dürfen, wird sich der Angeklagte fragen. Ist er doch nicht besser als ich auch!

Damit dieser Identitätsschwindel nicht auffliegt, trägt der Richter seine Robe, sein Kostüm, und gebraucht vorher festgelegte Phrasen, sein Drehbuch. Betritt er den Saal, müssen



Dennis Junge, Emma Schoepe

sich alle anderen erheben. Eine Performance. Der Mensch unter der Robe spielt eine Rolle. Diese nehmen wir ihm genauso ab, wie dem Schauspieler Benedict Cumberbatch im Londoner Barbican Theatre den Hamlet und im Fernsehen den Sherlock Holmes.

UND DOCH VERÄNDERT DAS URTEIL DIE WELT

Aber wo einem unverhofft Gemeinsamkeiten zwischen Gericht und Theaterbühne begegnen, da wartet auf der anderen Seite der ordnende Unterschied: Nicht-Juristen setzen Verhandeln mit Verurteilen häufig gleich. Gericht halten, hieße Urteil sprechen. Als sei Fußballspielen allein Tore schießen. Dabei sind Verhandeln und Urteilen zwei völlig unterschiedliche Weisen, mit Sprache und Sachverhalt umzugehen. Während Ersteres ein Geschehen erst nachvollziehbar macht, sowohl für Zeugen als auch für die, die das Handeln nicht beobachtet haben, ist das Urteil ein Sprechakt, aus dem eine Handlung und eine Veränderung folgen. Worte, die die Welt verändern. Searle bezeichnet das als Deklarativum.

Theater und Gericht wollen beide abstrakte, sperrige Dinge zu einem sagbaren Sachverhalt umgestalten und verhandeln. Urteile hingegen, also Deklarativa, scheint erstmal nur das Gericht auszusprechen. In einem zivilen Rechtsstreit obsiegt eine Partei, sofern es keinen Vergleich gibt. Im Strafprozess entscheidet das Gericht über Freispruch und Verurteilung. Offenbar ist der Mensch allein durch Sprache dazu in der Lage, innerhalb seines kulturellen Raums schöpferisch oder zerstörerisch tätig zu werden: Der Pfarrer, der das Kind tauft, der Standesbeamte der Ehen schließt, der Souverän, der Krieg erklärt.

Aber im Theater, da einigt man sich darauf, dass das was auf der Bühne geschieht, auch auf der Bühne bleibt. Das Geschehen dort wird zwar im Moment seiner Inszenierung als parallele Existenz anerkannt. Aber nur solange, bis der Vorhang fällt. Darum wirken Sterbeszenen auf der Theaterbühne meist unglaublich. Denn der Tod der Figur würde über die Vorführung hinaus bis in alle Ewigkeit andauern. Der Zuschauer will sich das nicht vorstellen und kauft es den Darstellern nicht ab. Allzu theatralisch kommt ihm die Sterbeszene vor.

Was unterscheidet also am Ende das rechtskräftige Urteil von einer köstlichen Hummersuppe? Geht am Ende nicht beides auf ein ordentliches Gericht zurück? Es gibt durchaus Theater-Inszenierungen, in denen ein Urteil gesprochen wird: Der Dichterjurist Ferdinand von Schirach setzt in seinem 2015 uraufgeführten Stück "Terror" einen Kampfpiloten auf die zum Gerichtssaal umgestaltete Bühne.

Der Soldat hat ein von Terroristen entführtes Passagierflugzeug abgeschossen, bevor dieses in ein vollbesetztes Fußballstadion fliegen konnte. Juristisch geht es um die Fragestellung nach dem übergesetzlichen Notstand. Im Theater darf am Ende das Publikum abstimmen, ob der Täter verurteilt werden soll oder nicht. Je nachdem ändert sich die letzte Szene des Stücks.

GERICHT UND THEATER - BEIDES SEELENREINIGER

Ein anderes Modell wählte die Theatergruppe Rimini Protokoll in ihrem Stück "Zeugen! Ein Strafkammerspiel". Dort standen reale Anwälte, Schöffen und Angeklagte als Experten des Alltags zusammen mit Schauspielern auf der Bühne und führten beide Räume zusammen. Sie überprüften Sprache, Architektur und Rollen des Gerichts, indem sie aus verschiedenen Prozessen zitierten und diese nachspielten.

Während der Stückentwicklung 2004 fiel Stefan Kaegi, Mitbegründer von Rimini Protokoll, eine weitere Gemeinsamkeit auf. Die Katharsis, die Reinigung der Seele, die nach Aristoteles jede ordentliche Tragödie beim Publikum bewirken soll und die moralische Erziehung fördere, "die scheint ja auch beim Gerichtsverfahren vorgesehen. Als Angeklagter hat man das letzte Wort, bei dem man Reue für seinen Taten zeigen sollte", sagt Kaegi.



Aber auch er muss zugeben, dass das Theater am Ende nicht die gleiche, unmittelbare Außenwirkung wie das Gericht mitbringt. “Mit dem Theater kann man jetzt nicht eins zu eins die Welt verändern, aber ich arbeite am Theater am Weltbild der Leute und habe einen direkten Austausch”, erhofft er sich.

Und doch fallen selbst im klassischen Theater jeden Abend Urteile eigener Art: Wenn das Publikum am Ende der Aufführung applaudiert oder nicht, ist das ein Urteilsspruch. Die Rezension des Kritikers ist ein Urteilsspruch.

Der Jurist wird hier ein großes Aber einwerfen: Denn Publikum und Kritiker geben ja lediglich ein Geschmacksurteil ab, während das Urteil des Gerichts doch wohl einen objektiven Wert aufweist.

Aber als wie objektiv würde die Öffentlichkeit das Urteil eines Richters wahrnehmen, wenn es die Rechtsordnung, nachdem dieses Urteil gefällt worden ist, nicht mehr anerkennt? Ohne diesen Maßstab verliert der Richterspruch alle weltverändernde Bedeutung. Der Prozess verkommt zum Laien-Schauspiel.

Der lebendige, freie Austausch in beiden Räumen zeigt sich als Gradmesser für den gesunden Volksstaat. Wenn in der Türkei Behörden Theaterstücke absetzen, weil darin der Präsident Erdogan erkannt wird, wenn die polnische Regierung Gerichte entmachtet, dann hört der aufmerksame Bürger die Gemäuer der Demokratie bröckeln. Gerichte sind auch nur Theater – aber das “nur” ist dringend zu streichen. Denn Theater ist mächtig. Es reformiert die Gesellschaft ständig, unabhängig vom Raum, in dem es gespielt wird.